

# Sind nur Hinterwäldler gegen Fusion?

«Kriens forciert den Alleingang»,  
Ausgabe vom 1. Juli



Wer gegen eine Fusion ist, ist ein Hinterwäldler? Der Bürger soll glauben. So oder ähnlich argumentieren die Go-Go-Mitglieder: Die Fusionsfrage, wie sie in aller Eile vorgekocht und entschieden werden soll, ist gegenüber unseren Nachkommen so nicht zu verantworten!

Was zusammenwächst, soll zusammengehören, aber diese Platitüde gilt nur dann, wenn das Zusammenwachsen auch tatsächlich und natürlich vonstattengeht. Ein gesundes Wachstum bräuchte Zeit, mehr Zeit, als das Projektgremium «Starke Stadtregion» bereit ist einzuräumen. Mit massiven Politänderungen allein ist das Fusionspflänzchen nicht aufzuziehen.

Diese Jahrhundert-Fusionsentscheidung soll offensichtlich erzwungen werden. Es fehlt bereits im Vorfeld der Entscheidung völlig an einer sorgfältigen, fundierten Auflistung aller Fakten und Gefühle. Im vorliegenden Schlussbericht muss denn auch der Stimmbür-

ger mit lauter Annahmen und Worthülsen vorliebnehmen.

Offenbar hat nunmehr auch, nach Adligenswil, unsere Nachbargemeinde Kriens dies bemerkt und die Notbremse frühzeitig gezogen. Der Stimmbürger wird nachziehen, wenn er realisiert, dass Luzern die Ressourcen von Kriens und Emmen dringend braucht und nicht umgekehrt.

MAC WINANDS-LANG, CO-PRÄSIDENT  
FORUM EMMEN, EMMEN



Regierungsratin Yvonne Schärli hat Recht: «Eine gekaufte Fusion funktioniert nicht.» Und dennoch sucht

te kürzlich die Regierung in Bernmünster mit einem auf 19 Millionen gesteigerten Geldbeitrag aus Steuergeldern eine weitere Fusion zu erwirken. Zu der von der Kantonregierung mit viel Gewicht angestrebten Grossfusion Luzern spricht man sogar davon, 50 Millionen Franken locker zu machen. Mag sein, dass ein Regieren mit weniger Gemeinden einfacher sein dürfte und aus einem zentralistischen Denken heraus anzustreben ist.

Wo bleibt aber der Respekt gegenüber der unbezahlten Hoheit der Gemeindeautonomie? Lebendige, gut funktionierende, sogar grosse Gemeinden mit einer Verantwortung für das Gemeinwohl ihrer Bürger, sollen sich aufgeben, weil der Staat Luzern eine verstärkte Zentralisation anstrebt. Wir kennen diese Tendenz mit der (zwar vielfach gescheiterten) «Zentralsteuerung Luzern 99» der damaligen Regierung. Die Schweiz ist eine Erfolgsgeschichte mit einer lebendigen Demokratie und dem Subsidiaritätsprinzip, nachdem eine obere Instanz nie Macht an sich reissen soll, soweit eine untere Gemeinschaft Probleme in Eigenverantwortung selber lösen kann. Der Föderalismus war für die Entstehung der Willensnation Schweiz eine unabdingbare Voraussetzung.

Dies müsste für den Fortbestand, die Eigenständigkeit von gut funktionierenden Gemeinden auch heute und künftig Geltung haben. Nur um dem Zentralismus zu huldigen oder eine Stadt grösser erscheinen zu lassen, dürfen solche Werte nicht aufgegeben werden.

ALBERT WÜEST, KRIENS